

Die SPD muss sich besser verkaufen

Ampel-Koalition SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert kritisiert, in der Politik werde oft nur emotional argumentiert. An die deutschen Landwirte hat er eine klare Botschaft. *Von Moritz Clauß*

Mit hitziger Kritik an der Berliner Ampel-Koalition kennt Kevin Kühnert sich aus: Als der SPD-Generalsekretär vor einigen Tagen in Tuttlingen auftrat, wurde er laut Medienberichten in der Stadthalle von wütenden Menschen bepöbelt – draußen hupten die Landwirte. Einen Tag später, beim Redaktionsbesuch der SÜDWEST PRESSE in Ulm, verteidigte der Sozialdemokrat die Arbeit der Koalition, übte aber auch Selbstkritik.

„Zu oft wird in der politischen Debatte rein emotional argumentiert“, sagte der 34-Jährige. Etwa wenn jemand sage, eine Forderung müsse vollständig umgesetzt werden, sonst stehe das Land am Abgrund. „Bei Außenstehenden bleibt dann nur hängen: Deutschland steht am Abgrund“, sagte Kühnert. Das stimme aber nicht. „Von so einer Kommunikation profitieren nur die Scharlatane und Leute, die ein Geschäftsmodell daraus gemacht haben, von morgens bis abends die Apokalypse anzukündigen.“

Kühnert sagte, er mache sich Sorgen, „dass die Kompromissfähigkeit verloren geht – nicht nur in der Politik“. Inzwischen gebe in Deutschland „Ansätze einer Zersplitterung der Parteienlandschaft“, wie man sie aus anderen Ländern bereits kenne: „Man zieht sich in seine Teilgruppe zurück, erhebt einen Absolutheitsanspruch und ist kaum mehr ernsthaft zur Zusammenarbeit mit anderen bereit.“

Anderen ihre Erfolge gönnen

Die Umfragewerte der Ampel-Parteien sind seit Monaten im Keller. Viele SPD-Mitglieder sehen dabei laut Kühnert vor allem ein Kommunikationsproblem. „An der Parteibasis höre ich immer wieder: Die Lage im Land ist eigentlich besser als die Stimmung, ihr müsst euch besser verkaufen“, sagte der SPD-Politiker: Er glaube, da sei etwas dran. Mit Blick auf die Regierungsparteien betonte der 34-Jährige: „Man muss auch gönnen können und anderen Parteien ihre Erfolge in der Regierung lassen. Manchen fehlt da ein gewisser Sportsgeist.“



Kevin Kühnert sorgt sich nicht nur mit Blick auf die Politik, „dass die Kompromissfähigkeit verloren geht“.

Foto: Volkmar Könneke

Besonders starken Gegenwind erhält die Ampel-Koalition nach wie vor von den Bauernprotesten im ganzen Land. Rund um diese Proteste begegne ihm häufig die Annahme, „dass die Politik eine urbane, abgehobene Kaste wäre“, sagte Kühnert. „Das weise ich ausdrücklich zurück, so funktioniert unser Wahlrecht auch nicht.“ Wenn die SPD-Bundestagsfraktion sich zur Sitzung trifft, sei der halbe Saal mit Abgeordneten aus dem ländlichen Raum gefüllt.

Trotzdem erkennt der 34-Jährige an, dass die Koalition selbst dazu beigetragen hat, dass sich Landwirte und Landwirtinnen derart drastisch gegen die Sparbeschlüsse der Koalition gewehrt haben und immer noch wehren. „Es ist gerade bei schwierigen politischen Entscheidungen wichtig, die Entscheidungsfindung trans-

parent zu machen“, erklärte der Sozialdemokrat. Bei den Sparbeschlüssen im Dezember sei das nicht geschehen: Die Betroffenen hätten die Beschlüsse quasi aus der Presse erfahren, sich nicht vorbereitet und keine Gegenvorschläge einbringen können. Kühnert: „Das lag auch am Zeitdruck, keine Frage. Aber im Ergebnis hat

diese Vorgehensweise die Verhandlungen beschädigt.“

An die Landwirtinnen und Landwirte richtete der Politiker eine klare Botschaft: „Wir wollen ausdrücklich, dass auch weiterhin in Deutschland Nutztierhaltung und Ackerbau betrieben wird.“ Für ihn sei das selbstverständlich, „aber in den vergangenen Wo-

chen haben wir gelernt, dass es wichtig ist, diese Selbstverständlichkeit von Zeit zu Zeit auszusprechen.“

Doch es sind nicht nur die Bauern, die protestieren. Deutschlandweit sind das dritte Wochenende in Folge Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen. „Die ganz großen Demonstrationen in Städten wie Berlin oder München sind beeindruckend“, sagte Kühnert. Noch mehr beeindruckt habe ihn aber, dass in einer Stadt wie Halle an der Saale 16 000 Menschen auf die Straße gegangen seien. Kühnert: „Das ist dort ein ganz wichtiges Moment der Selbstermächtigung der Zivilgesellschaft.“ In Sachsen-Anhalt gewann die AfD bei der vergangenen Landtagswahl 20,8 Prozent der Stimmen, in Umfragen steht sie dort aktuell noch deutlich stärker da.

Wird die Schuldenbremse reformiert?

Die Regierung hat mit ihren Sparmaßnahmen in kurzer Zeit ein großes Haushaltsloch gestopft. Daraufhin ist in

Deutschland eine Debatte um die Schuldenbremse entbrannt. Kevin Kühnert sagt: „Ich gehe jede Wette ein: Die

nächste Regierung wird die Schuldenbremse reformieren. Unabhängig davon, wer sie führen wird.“

Kühnert geht davon aus, dass der künftige Investitionsbedarf in Deutschland so groß

sein wird, „dass gängige Sparvorschläge in keinem Verhältnis zu dem stehen, was wir investieren müssten“. Bund, Länder und Kommunen hätten bereits heute „einen Investitionsstau in dreistelliger Milliardenhöhe“.

Wer will was in der Steuerdebatte?

Finanzen Steuersenkung oder Sondervermögen – daran scheiden sich die Geister. In jedem Fall fehlt Geld.

Berlin. Die Wirtschaft wankt und die Politik sucht nach Lösungen. Im Fokus: die Belastungen für Unternehmen. Hierzulande zahlen Firmen gerade im europäischen Vergleich deutlich mehr Steuern als in anderen Ländern. Laut OECD beträgt der durchschnittliche Steuersatz 29,94 Prozent. Entlastung muss also her, da herrscht bei Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Einigkeit.

Anders sieht es beim Wie aus. Lindner setzt auf die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, den

derzeit nur noch Unternehmen und Spitzenverdiener zahlen. Hintergrund dürfte auch sein, dass sein Wachstumschancengesetz im Vermittlungsausschuss feststeckt und wohl deutlich geringere Entlastungen bringen wird als angenommen (statt 7 nur noch 3 Milliarden Euro).

Habeck hingegen schlug zunächst ein weiteres Sondervermögen beim Deutschen Institut für Menschenrechte mit Rassismus und Rechtsradikalismus, sein Beweismaterial für die gegen Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde gerichtete AfD-Agenda ist erdrückend. Hendrik Cremer zeigt auf, wie sich der Kurs der AfD radikalisiert hat. Aus einer rechts-

und Transformationsfonds sucht Habeck eine Alternative, um Firmen auf ihrem Weg zur klimaneutralen Produktion anderweitig unterstützen zu können.

Lindner lehnt neue Schulden ab. Auch die Union dürfte bei einer dafür notwendigen Verfassungsänderung nicht automatisch dabei sein – zu groß die Skepsis, nachdem die Ampel das Sondervermögen Bundeswehr aus Unionssicht „zweckentfremdet“ hat.

Beide Vorschläge kosten Geld, das die Regierung derzeit nicht hat. Denn Steuerentlastungen hei-

ßen weniger Einnahmen für den Staat. Für den Soli allein würde das rund 12 Milliarden Euro bedeuten, die gegenfinanziert werden müssten – jedes Jahr. Und auch bei einem Sondervermögen ist offen, wie lange Kredite für dieses aufgenommen werden sollten. Schon jetzt muss im Haushalt 2025 eine zweistellige Milliarden-summe eingespart werden. Aus dem gleichen Grund ist auch die Steuerreform, die Unionschef Friedrich Merz (CDU) im Herbst zur Diskussion gebracht hatte, kaum mehr als ein langfristiges Projekt. Ein einheitlicher Unter-

nehmenssteuersatz von 25 Prozent für alle Firmen, wie Merz ihn forderte, koste laut Experten rund 30 Milliarden Euro.

Kanzler Olaf Scholz (SPD) zeigt sich skeptisch. Statt der Vorschläge seiner Minister setzt er auf das Wachstumschancengesetz: „Darauf sollte man sich konzentrieren. Das ist praktisch, anfassbar und wirkt schnell.“ Was schnell genau bedeutet, wird sich wie die tatsächliche Höhe des Entlastungsumfanges herausstellen, wenn der Vermittlungsausschuss am 21. Februar zusammenkommt. *Jacqueline Westermann*

Jugend misstraut der Regierung

Umfrage Die Demokratie genießt Ansehen, doch die praktische Umsetzung im Alltag nicht. Experten sehen ein Warnsignal.

Gütersloh. Obwohl das Vertrauen in die Demokratie unter jungen Deutschen vergleichsweise ausgeprägt ist, misstrauen viele von ihnen Regierung und Parlament. Wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung mit Umfragedaten aus dem Vorjahr zeigt, setzen mit 59 Prozent der befragten 18- bis 30-Jährigen zwar mehr Menschen Vertrauen in die Demokratie als im Durchschnitt von neun anderen europäischen Ländern (50 Prozent). Das Misstrauen gegenüber der handelnden Politik ist dagegen auch hierzulande weit verbreitet: Mehr als jeder zweite befragte junge Erwachsene aus Deutschland (52 Prozent) gab an, der Regierung nicht zu vertrauen, 45 Prozent misstrauen dem Parlament.

In Kombination mit einem vergleichsweise ausgeprägten Zukunftspessimismus sehen die Experten darin ein Warnsignal. Es komme nun darauf, das Demokratievertrauen nicht zu verspielen, heißt es von der Bertelsmann-Stiftung. Dazu brauche es gezielte Maßnahmen, um den Glauben an die Problemlösungsfähigkeit von Politik wieder zu stärken, mahnen die Autoren mit Blick auf Deutschland. „Es besteht die Gefahr, dass sich sonst junge Menschen denjenigen, die zu einfache Lösungen versprechen, zuwenden und damit offen werden für radikales Gedankengut“, sagte Regina von Götz, Jugendexpertin bei der Bertelsmann-Stiftung.

Pessimistischer Blick

Unabhängig von ihrem Alter blicken die Befragten eher besorgt in die Zukunft: Demnach erwarteten 36 Prozent der jüngeren und sogar 42 Prozent der älteren Menschen eine Verschlechterung der Dinge – darunter waren Faktoren wie der Klimawandel, Lebensstandard oder Einkommensungleichheit abgefragt worden. Die Erkenntnisse deuten laut Studie darauf hin, dass sowohl die junge als auch die ältere Generation wenig Vertrauen in die politische Bewältigung künftiger Herausforderungen hat, so die Bertelsmann-Stiftung. Junge Erwachsene in Deutschland sind dabei im Schnitt pessimistischer als ihre Altersgenossen in den anderen Ländern. *dpa*



Das Bundeskanzleramt im Regierungsviertel.

Istanbul Anschlag auf Gerichtsgebäude

Istanbul. Die Polizei hat nach offiziellen Angaben einen Terroranschlag auf ein Istanbul-Gerichtsgebäude abgewehrt. Die Angreifer, eine Frau und ein Mann, seien tot, teilte Innenminister Ali Yerlikaya mit. Sie sollen der links-extremistischen DHKP-C angehört haben, die bereits mehrfach Anschläge in der Türkei verübt hat. Sechs Menschen seien verletzt worden, darunter drei Polizisten, hieß es. Die DHKP-C steht in der Türkei, der EU und den USA auf der Terrorliste. *dpa*

POLITISCHES BUCH

Bevor es zu spät ist

Die Gefahr, die von der AfD und ihrem rechtsextremen Umfeld ausgeht, wird immer noch unterschätzt. Das ist die Hauptthese eines Buches, das sich ebenso akribisch wie eindringlich mit der Programmatik und den Zielen dieser Partei auseinandersetzt. Der Autor beschäftigt sich seit vielen Jahren beim Deutschen Institut für Menschenrechte mit Rassismus und Rechtsradikalismus, sein Beweismaterial für die gegen Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde gerichtete AfD-Agenda ist erdrückend. Hendrik Cremer zeigt auf, wie sich der Kurs der AfD radikalisiert hat. Aus einer rechts-

populistischen Bewegung ist nach dem Urteil des Juristen eine rechtsextreme Partei geworden, die eine „homogene Volksgemeinschaft“ anstrebt und die Demokratie destabilisieren will. Der Autor hält nichts von Gegenstrategien der etablierten Parteien, die auf Ignorieren oder Isolieren hinauslaufen, denn: „Es kann der Zeitpunkt kommen, an dem die AfD zu stark ist, um gestoppt zu werden.“ Stattdessen empfiehlt Cremer Klarheit in der öffentlichen Auseinandersetzung mit der AfD, Aufklärung über ihre Ziele, Abgrenzung im parlamentarischen Alltag auf allen föderalen Ebenen, das Schmieden von zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechts. „Die Lage ist ernst“, so schließt der Autor sein faktenreiches Buch. Die AfD sei „brandgefährlich“. Noch sei es nicht zu spät für eine wirksame Abwehr dieser Gefahr, aber: „Die Zeit drängt.“ *Gunther Hartwig*

nen, das Schmieden von zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechts. „Die Lage ist ernst“, so schließt der Autor sein faktenreiches Buch. Die AfD sei „brandgefährlich“. Noch sei es nicht zu spät für eine wirksame Abwehr dieser Gefahr, aber: „Die Zeit drängt.“ *Gunther Hartwig*



Hendrik Cremer: Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen. Berlin Verlag, Berlin 2024. 240 Seiten. 22,00 Euro.

Rotes Meer Erneut Angriffe auf Frachter

Dubai. Im Roten Meer sind erneut Handelsschiffe angegriffen und beschädigt worden. Ein britisches Frachtschiff sei vor der Küste des weitgehend von Huthi-Rebellen kontrollierten Jemen mit einer Drohne attackiert worden, teilte die britische Sicherheitsfirma Ambrey mit. Ein Huthi-Sprecher sagte, auch ein US-Frachtschiff sei attackiert worden. Die US-Streitkräfte erklärten, in der Region zwei ferngesteuerte, mit Sprengstoff beladene Boote beschossen zu haben. *afp*

Kolumbien Waffenstillstand verlängert

Bogotá. Kolumbiens Regierung und die Rebellen der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) haben sich auf die Verlängerung der seit August geltenden Feuerpause um sechs Monate geeinigt. Das geht aus einer von beiden Seiten veröffentlichten Erklärung hervor. In Kolumbien schwelt seit rund 60 Jahren ein Bürgerkrieg zwischen linken Rebellen, rechten Paramilitärs und dem Militär. Mehr als 220 000 Menschen kamen dabei ums Leben, Millionen wurden vertrieben. *afp*